

Titel der Drucksache:

Onlinekampagne Zivilcourage und Antidiskriminierung

Drucksache

0653/22

Stadtrat

Entscheidungsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt	05.05.2022	nicht öffentlich	Vorberatung
Stadtrat	01.06.2022	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

01


Die Stadtverwaltung erarbeitet im Laufe des Jahres 2022, unter Federführung der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, eine Öffentlichkeitskampagne für Zivilcourage und Antidiskriminierung, welche so aufgebaut ist, dass sie über die Jahre 2022/2023 als Dauerkampagne funktioniert und regelmäßig aktualisiert bzw. an aktuelle Geschehnisse angepasst werden kann. Der Schwerpunkt der Kampagne soll online erfolgen, ergänzt durch analoge Elemente. Die entsprechenden finanziellen sowie personellen Mittel sind einzuplanen und ggf. über eine überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Verfügung zu stellen.

02

In die Strategieentwicklung zur Kampagne sind alle relevanten Akteur/-innen einzubeziehen, darunter der KPR, LPI, LAP, EVAG, das Queere Zentrum, Frauenhaus und -zentrum oder Opferberatungsstellen.

03

Die Kampagne ist im 1. Quartal 2023 zu evaluieren und mit allen relevanten Kennzahlen (Beiträge, Reichweite, Themen, durchschnittliche Interaktionen, etc.) dem zuständigen Ausschuss vorzulegen.

19.04.2022, gez. i.A. 

Datum, Unterschrift

Nachhaltigkeitscontrolling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage			
Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja → ↓	Nutzen/Einsparung <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Sachverhalt Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
Deckung im Haushalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Gesamtkosten EUR			
↓				
	2022	2023	2024	2025
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
<input type="checkbox"/> Deckung siehe Entscheidungsvorschlag				

Fristwahrung

Ja

Nein

Anlagenverzeichnis

Sachverhalt

Im vergangenen Jahr sind zahlreiche rassistische, querfeindliche oder antisemitische Übergriffe bekannt geworden. In diesem Jahr wurden an einem Wochenende polizeilich drei rassistisch motivierte Übergriffe festgestellt.^{1 2 3} Aus dem letzten Jahr sind Angriffe oder Beleidigungen in der Straßenbahn oder auf öffentlichen Plätzen dokumentiert. So wurde Anfang Oktober tagsüber ein Übergriff mitten in der Altstadt bekannt. Passant/-innen gingen einfach an der Betroffenen vorbei, ohne einzugreifen oder Hilfe zu verständigen⁴.

Die Opferberatungsstelle ezra zählt im Jahr 2021 über 29 rassistisch motivierte Gewalttaten mit einem erheblichen Dunkelfeld⁵. Schätzungen zufolge liegt ein Dunkelfeld von bis zu 60% bei Straftaten, die der Hasskriminalität zuzurechnen sind, vor. Für einzelne Bereiche der

¹ <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/126719/5178665>

² <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/126719/5175576>

³ <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/126719/5175140>

⁴ <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/rassismus-angriff-zivilcourage-100.html>

⁵ https://ezra.de/wp-content/uploads/2022/04/Pressemappe_ezra_Jahresstatistik2021.pdf

Hasskriminalität liegen häufig keine verlässlichen Daten vor. Beleidigungen, etc. werden häufig nicht angezeigt. Betroffene schildern, dass sie sich unsicher fühlen und teilweise öffentliche Orte oder Verkehrsmittel meiden.

Die Stärkung der Zivilcourage könnte einen erheblichen Beitrag leisten, damit sich die Situation von Betroffenen bessert. Studien führen eine präventive Wirkung von Zivilcourage an. Zudem wird Betroffenen signalisiert, dass Hasskriminalität nicht hingenommen wird. Die Kampagne könnte Zivilcourage befördern, ein verbessertes Problembewusstsein schaffen und vor dem Hintergrund von (teilweise) geringem Institutionenvertrauen von Betroffenen Gruppen Solidarität erklären. Im Rahmen der Strategieentwicklung können nähere Ziele definiert werden. Als Landeshauptstadt kann damit ein Betrag zur Stärkung von Zivilgesellschaft und Antidiskriminierung geleistet werden.

Mit der vorliegenden Beschlussvorlage sollen die bestehenden Überlegungen aus der Drucksache 0562/20 aufgegriffen werden. Eine Online-Kampagne hat den Vorteil mit weniger Aufwand gestaltet und umgesetzt zu werden und flexibel auf aktuelle Vorfälle reagieren zu können. Wie in der Drucksache 2339/21 ersichtlich wird, wurde die Öffentlichkeitsarbeit der Landeshauptstadt auch personell gestärkt und plant die Aktivitäten auf Social Media auszuweiten. Im Rahmen der Content Planung können diese Inhalte aufgenommen und bespielt werden. Ergänzend dazu können analoge Materialien in Form von Plakaten, Flyern, etc. erstellt werden und bei Kampagnenpartnern verteilt und ausgehangen werden.

Mit dieser eigenständigen Drucksache entfällt die Drucksache 1907/21 als Änderung der oben angeführten Ursprungsdrucksache.